

# Der Gewerkverein

Organ des Verbandes der Deutschen Gewerkvereine  
sowie für Einigungsämter, Versicherungs- und Produktiv-Genossenschaften.

Erscheint jeden Freitag. Vierteljährlicher Abonnementpreis: durch die Post bezogen 1 Mk. — Unter Kreuzband 1 Mk. 25 Pf. — Die Postämter, für Berlin alle Zeitungs-Expeditoren, nehmen Bestellungen an. — Inserate pro Zeile: Geschäftsang. 25 Pf. Familienang. 15 Pf. Vereinsangelegen. 10 Pf. Arbeitsmarkt gratis. Nebst Inhalt u. Sped.: N.O., Greifswalderstr. 221/222. Schriftführer: Ernst VII. Nr. 4720.

Herausgegeben  
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände  
vom  
Centralrathe der Deutschen Gewerkvereine  
(Hirsch-Dünder).

Bei Abonnement von mindestens 3 Exempl. unter einer Adresse tritt für Nichtmitglieder der ermäßigte Preis von 75 Pf. ein, welche franco an den Verbandsdirektor Hubert II. Klein, N.O., Greifswalderstr. 221/222, einzuwenden sind. Für Mitglieder 35 Pf. pro Exemplar. Bei obligatorischem Abonnement seitens der Gewerkschaften 35 Pf. pro Exemplar. Schriftführer: Ernst VII. Nr. 4720.

Nr. 6.

Berlin, 9. Februar 1906.

Achtunddreißigster Jahrgang.

## Inhalts-Verzeichnis.

Offene oder geschlossene Werkstätte? — Ein Rückblick auf den 21. Januar. — Wochenschau. — Gewerkschaften-Zeit. — Tätigkeitsberichte. — Verbands-Zeit. — Anzeigen-Zeit.

### \* Offene oder geschlossene Werkstätte?

Wie aus der englischen Gewerkschaftsbewegung, so können wir auch aus der Gewerkschaftsbewegung anderer Länder, namentlich Nordamerikas und Australiens vieles lernen, weil unter den besonderen Verhältnissen des Auslandes manches Gewerkschaftsproblem, dessen Entwicklung bei uns vielleicht im Keime festsitzt, dort völlig ausreift. Unter diesen Umständen können wir uns vor unliebsamen Mißgriffen und Enttäuschungen bewahren, wenn wir die ausländische Gewerkschaftsbewegung fortgesetzt im Auge behalten.

Eines der oben gekennzeichneten Probleme ist das in den Vereinigten Staaten von Amerika bis zum Ueberdruß erörterte Thema von der offenen oder geschlossenen Werkstätte. Während die Arbeitgeber in den Vereinigten Staaten — und wohl auch überall sonst — für die Anerkennung des Prinzips der offenen Werkstätte eintreten, kämpfen die amerikanischen Gewerkschaften für die geschlossene Werkstätte. Die amerikanischen Gewerkschaften wünschen nämlich, daß die Werkstätten der Arbeitgeber für alle Arbeiter, die nicht bei ihnen organisiert sind, geschlossen sein mögen. Andernfalls streifen sie, um den Arbeitgeber zu zwingen, Unorganisierte oder Andersorganisierte aus seiner Werkstätte auszuschließen.

Daß dieses Gewerkschaftsproblem gerade in den Vereinigten Staaten so hochgradig aktuell wurde und alle öffentlichen Faktoren als politische Parteien, Rechtsprechung, Verwaltung und Regierung zur Stellungnahme nötigte, hat seine besonderen Gründe. Die Politik der geschlossenen Werkstätte war eine Tat der Notwehr der amerikanischen Gewerkschaften gegen die verberühmten Folgen der Einwanderung. Wenn unsere Arbeiter sich schon durch Lohnrückerei der Galizier, Kroaten, Italiener und Russen bedrängt fühlen, so bekommen die amerikanischen Arbeiter die Lohnrückerei der Ausländer noch ganz anders zu schmecken. Im Zeitraum von 1871 bis 1887 wanderten in den Vereinigten Staaten von Amerika ein: 1 844 000 Deutsche, 913 000 Engländer, 908 000 Iren, 400 000 Schweden, 246 000 Italiener u. f. w. zusammen 5 677 000 Menschen. Die organisierten Arbeiter machten die Erfahrung, daß sie um alle ihre Streikerfolge immer wieder durch die Lohnrückerei der Einwanderer geprellt wurden. Die Gesetze der Union schützten wohl den amerikanischen Fabrikanten gegen das Produkt der ausländischen Arbeiter, meinte ein Gewerkschaftsführer, nicht aber den amerikanischen Arbeiter gegen den Import der ausländischen Arbeiter selbst. Mit einer nie beobachteten Einmütigkeit begaben sich nun die amerikanischen Gewerkschaften auf das Gebiet der Politik und erlangten das Chinesen-Einwanderungs-Verbot und andere Arbeiterschutzgesetze.

Noch ein anderer Umstand tritt in der nordamerikanischen Union hinzu, um den Wettbewerb der Einwanderer besonders vernichtend auf die einheimische Arbeiterschaft wirken zu lassen. Da die Einwanderer bzw. die Auswanderer in ihrer Mehrzahl ungelernete Arbeiter sind, bekommen die gelernten Arbeiter in Deutschland, England u. f. w. ihre Lohnrückerei weniger zu spüren. Anders in der Union. Hier ist durch eine anderwärts unbekante, bis in lächerliche Einzelheiten gehende Arbeitsteilung die Arbeit der gelernten Arbeiter in eine Reihenfolge einfacher Handgriffe aufgelöst worden, zu deren Verrichtung die ungelerneten eingewanderten Arbeiter in wenigen Tagen angelernt werden können. In Amerika gibt es infolgedessen fast gar kein Lehrlingsverhältnis mehr. So manchen Streit haben die Gewerkschaften nur deswegen geführt, um die Arbeitgeber zu zwingen, Lehrlinge anzunehmen und die Berufsausbildung auf der

Höhe zu halten. Die Gewerkschaftspolitik der „geschlossenen Werkstätte“ soll das Sinken der Löhne verhindern.

Solange das Prinzip der geschlossenen Werkstätte nur gegen Unorganisierte angewendet wird, dürfte es wohl nirgends in unparteiischen sozialpolitisch gesuchten Kreisen Segnerchaft erhalten. Indessen die amerikanischen Gewerkschaften haben leider die Waffe der geschlossenen Werkstätte auch gegeneinander erhoben und damit einen Weg der Intoleranz beschritten, der sicherlich weder dem einzelnen Berufs noch der Gesamtheit frommen kann. Wunderbarerweise haben die Vergewaltigungen der kleineren Gewerkschaften durch die größeren selbst die Billigung so hoher Gerichtshöfe wie des Berufungsgerichts in New York, der letzten Instanz im Staate New York, gefunden. Es ist aber durchaus nicht gesagt, daß diese Entscheidung die letzte sein wird. Ein beträchtlicher Teil der amerikanischen Juristen billigt wohl den Abwehrstreik der geschlossenen Werkstätte gegen Unorganisierte, nicht aber den gegen Andersorganisierte.

Hier mag uns vor der Hand nur der Abwehrstreik der geschlossenen Werkstätte gegen Unorganisierte beschäftigen. Auch dieser hat seine Gegner, zu denen namentlich die Arbeitgeber und Unorganisierte selbst gehören. In dem bekannten Werk von Sidney u. Beatrice Webb meinen die Verfasser, daß der Durchschnittsarbeitgeber aus dem Mittelstande infolge seiner sozialpolitischen Ungeschultheit gar nicht auf den Gedanken kommt, daß er seine Arbeiter vergewaltigt, wenn er den Herrn im Hause spielt. Aber wenn die Arbeiter daselbe wie er machen und ihrerseits selbständig festsetzen, unter welchen Bedingungen sie arbeiten wollen, so fühlt sich der Arbeitgeber vergewaltigt. Die Webbs weisen darauf hin, daß in den gewerkschaftlich am besten organisierten Industrien Englands, in denen die Aristokratie der alten Gewerkschaften ihren Sitz hat, kein Arbeiter auf die kuriose Idee verfällt, sich um eine Arbeitsstelle zu bewerben, bevor er nicht in den zugehörigen Gewerkschaften getreten ist. Ohne die Gewerkschaftsmitgliedschaft würde er auch eine Stelle erhalten. Die pflichtgemäße Gewerkschaftsmitgliedschaft wäre das Ideal jedes englischen Gewerkschafters. Sie verleihe keineswegs die Vertragsfreiheit. Unter Freiheit dürfe man überhaupt nie die unsoziale, sondern nur die der Gesellschaft nützliche Freiheit verstehen. Niemand, weder Arbeiter noch Arbeitgeber, werde durch die geschlossene Werkstätte in seiner wahren Freiheit beschränkt. Können es ein Arbeiter nicht vor seinem Gewissen verantworten, einem Gewerkschaften beizutreten bzw. ein Arbeitgeber einer Tarifgemeinschaft, weil sie z. B. vielleicht Gegner der in ihrem Wohnbezirk eingeführten gleitenden Lohnskala sind, nun — so stände es ihnen ja frei, ihre Felle abzugeben und den Bezirk zu verlassen oder ein anderes Gewerbe zu erlernen.

Eine überzeugendere Rechtfertigung der geschlossenen Werkstätte gab gelegentlich des großen Anthracitkohlen-Streiks von 1903 vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß Herr Mitchell, Beamter des amerikanischen Gewerkschafts der Bergarbeiter. Im Ausschusse waren die Meinungen anfangs sehr geteilt. Ein Mitglied bemerkte: „Wenn ein Mann arbeiten will, und der Arbeitgeber will, daß dieser Mann bei ihm arbeitet, dann sehe ich wahrhaftig nicht ein, warum dieser einfache Tatbestand das anscheinend so schwierige Problem nicht lösen soll. Mitchell setzte dieser Logik die Logik der Gewerkschaften entgegen.“

Wenn Gewerkschaften streikten, um die Entlassung Unorganisierten zu erzwingen, so täten sie daselbe wie jene Arbeitgeber, die in ihrer Werkstätte keine Organisierten einstellen. Aussperrung und Streik seien doch gleichwertig. Man dürfe einen Gewerkschaften nicht tadeln, daß er Nichtanerkennung mit Nichtanerkennung beantwortete. Uebrigens sagten die organisierten Arbeiter, die es ablehnten, mit Nichtorganisierten zusammen zu arbeiten, durchaus nicht wörtlich: der Arbeitgeber möge die Nichtorganisierten entlassen. Der Gewerkschaftsbeschuß sei auch nicht gleichwertig mit einem Beschuß des Reichstages oder eines

Landtages, wodurch den Arbeitgebern hinfert verboten würde, Nichtorganisierte einzustellen. Was die Gewerbetreiber läten, sei lediglich, daß sie die Bedingung stellten, nicht gezwungen zu werden zur Zusammenarbeit mit Leuten, die als Nichtorganisierte schädlich sind. Das sei daselbe, als wenn die organisierten Arbeiter sich nicht zur Arbeit zwingen lassen wollten in lebensgefährlichen oder ungesunden Fabriken, bei ungebührlich langer Arbeitszeit und gegen ungenügenden Lohn. Natürlich, sobald ein Gewerksverein stark ist und die besten Arbeiter des Gewerbes als Mitglieder besitzt, kann die geschlossene Werkstattklausel in Wirklichkeit eine Vergewaltigung des Arbeitgebers werden. Diese Vergewaltigung jedoch ist nur der Ausfluß des zweifellos gesetzlichen Rechtes der Arbeiter, darüber zu entscheiden, unter welchen Bedingungen sie ihre Arbeitskraft hergeben wollen. Theoretisch und oft auch faktisch sei der Arbeitgeber immer noch in der Lage, zwischen der Beschäftigung von organisierten und nichtorganisierten Arbeitern wählen zu können.

Wie man sieht, hat Mitchell sich nicht scheut zuzugeben, daß die Politik der geschlossenen Werkstatt auch die Gestalt der Vergewaltigung annehmen könne. Mitchell ging bei seiner Aussage vor dem parlamentarischen Ausschuss sogar noch einen Schritt weiter. Er äußerte frank und frei seine Meinung dahin, daß infolge des schnellen Wachstums der Gewerksvereine ihre Entwicklung die Neigung offenbare, mit unüberwindlicher Gewalt die Nichtorganisierten in die Gewerksvereine zu zwingen. Dieser Zwang sei durchaus nicht bedauerlich und werde in Zukunft so wenig Kopfschmerzen machen wie heutzutage der Schulzwang der Kinder.

Zu einem Monopol der Gewerksvereine führte die geschlossene Werkstatt nicht. Von einem Monopol könne solange keine Rede sein, als die Gewerksvereine ihre Türen jedem Berufsgenossen bereitwillig öffnen.

Die aufgeführten Gedankengänge Mitchells haben nicht verfehlt, großen Eindruck auf Parlament und Rechtsprechung in den Vereinigten Staaten auszuüben. Man gewann amlichsseitig die Ueberzeugung, daß die Gewerksvereine mit ihrer Taktik der geschlossenen Werkstatt eigentlich nur die seit je gelübte und unbeanstandet geliebene Trustpolitik trieben. Die Weigerung der Trusts z. B., an Händler Zucker oder Tabak zu verkaufen, wenn sich diese nicht verpflichten, von niemandem anders als vom Trust zu kaufen, ist genau daselbe wie die Weigerung der Arbeiter, für einen Arbeitgeber zu arbeiten, der nicht seinen gesamten Arbeitsbedarf vom Gewerksverein bezieht.

Im Grunde ihres Wesens beruht die geschlossene Werkstatttaktik, die in den Vereinigten Staaten von allen Faktoren des öffentlichen Lebens als gesetzlich befunden worden ist, auf der Erkenntnis, daß die Wohlfahrt der Arbeiterklasse in dem kollektiven Arbeitsvertrage wurzelt, daß der Erfolg des kollektiven Arbeitsvertrags vom dem Grade seiner allgemeinen Anwendung und Anerkennung abhängt und daß dem einzelnen Arbeiter keine Sonderrechte zugestanden werden dürfen, die dem Gesamtwohl der Arbeiterschaft zuwiderlaufen.

**Ein Rückblick auf den 21. Januar.**

Bei ihrer großen Opferwilligkeit kann sich die sozialdemokratische Arbeiterschaft schon den Luxus leisten, so ein lustiges Händeltheater auszuhalten, in welchem ein Mehrling auf den Bernstein wieder auf den Karstky und eine Rosa Luxemburg auf den Popanz des Nurgewerkschaftlers losbricht und wo schließlich unter Hallo vom ruppigen Arthur sechs rote Redakteure auf einmal rausgeschmissen werden. Unterhaltend mag ja mitunter für manche Leute solche ununterbrochene Komödie sein, denn über den Geschmack läßt sich nicht streiten. Zweifellos ist sie aber auch nicht ungefährlich. Und das hat der 21. Januar, der rote Demonstrationssonntag offenbart.

Wir sind die letzten, die über die gelegentliche Dummheit eines anderen pharisäerhaft aufschreiben. Wenn aber jemand Dummheit auf Dummheit begeht, wenn in den Dummheiten System liegt, wenn sich die Dummheit mit Persidie und Annäherung paart, dann ist es an der Zeit, zur Klärung die Wahrheit zu sagen. Die Wahrheit ist in diesem Falle, daß die marxistischen Doktoren der sozialdemokratischen Arbeiterschaft am 21. Januar eine ungeheure Blamage verschafft haben. Vor Monaten hatten die Parteigelehrten schon die Waffen der Revolution hervorgeholt: „Das Recht auf die Straße“ und den „politischen Massenstreik“. Unter viel Geschrei wurden die Waffen auf ihre Brauchbarkeit untersucht und auf dem Parteitage in Jena für brauchbar befunden. Die internationalen Parteigelehrten bestimmten dann öffentlich viele Wochen vorher, daß am 22. Januar zur Ehrung der Opfer der russischen Revolution die eine Waffe, „das Recht auf die Straße“ probiert werden sollte. Die utopischen revolutionären Ideologen der Partei begannen nun in pompösen, hochmütigen Revolutions-Phrasen zu bramarbasieren, so daß schließlich die Regierung irre wurde, die Esel in der Öbwenhaut für Öbwen nahm und Vorkehrungen zur Verhütung der revolutionären Putzche traf. Der große Tag kam und die Massen dachten gar nicht daran auf die Straße zu gehen. Schmälicher sind die Führer kaum jemals von der Waffe abgelehnt worden als die sozialdemokratischen Doktriniere am 21. Januar.

Diese Tatsache hat etwas Fröhliches für alle, deren Glauben an den gesunden Menschenverstand des Volkes unerschütterlich ist. Die

Massen haben bewiesen, daß sie sehr wohl instinktiv das Richtige herausfinden. Sagen tun sie es oft nicht, aber sie handeln danach. Warum sich auch mit ihren allwissenden, dünkeltätigen Führern herumstreiten, denen sie in Rede und Schrift nicht gewachsen sind. Statt logisch zu disputieren, handeln sie lieber logisch. Auch sie scheinen der Ansicht zu huldigen, daß es schwerlich dialektisch gelbtere und zugleich unpraktischere Leute als ihre Führer gibt. Deshalb hören sie sie wohl an, aber befolgen nicht ihren Rat und daran laten sie recht — selbst von ihrem revolutionären Standpunkt aus.

Sind das ernst zu nehmende Führer, die ihrem stärkeren Gegner auf Wochen im voraus eine Schlacht ankündigen? Kann man überhaupt vom Schreibtisch aus, den Beginn einer revolutionären Bewegung auf die Minute präzise betretieren? Steht denn Europa überhaupt im Zeichen einer Revolution? Die russische Regierung hat einen freudhaft angelegten Krieg verloren und deshalb ist ein Strafgericht über den Zarismus und seine verlotterte Bureaucratie heringebracht. Was hat das aber mit Deutschland zu tun? Hat die deutsche Reichsregierung etwa einen Krieg verloren? Haben wir in Deutschland ein bestialisches, korruptes Beamtenregiment? Ist es denn ausgeschlossen, auf dem Wege friedlicher Agitation der preussischen und sächsischen Arbeiterschaft ein ernsthaftes Landtagswahlrecht zu verschaffen? Oder ist das Landtagswahlrecht in Preußen und Sachsen, trotz des Bestehens des Reichstagswahlrechtes einen Kampf um Leben und Tod, einen Bürgerkrieg wert?

Wozu überhaupt die Aufregung? Wird sich die sozialistisch beeinflusste Masse fügen. Lehrt nicht die materialistische Geschichtsauffassung fatalistisch, daß das, was kommen muß, so wie so kommt?

Die marxistischen Doktoren werden uns vielleicht entgegenhalten, daß sie die Dummheiten, die wir ihnen vorgehalten haben, gar nicht begangen haben. Nun mit solchen Wägchen werden sie auf denkende Leute keinen Eindruck machen. Wir wissen sehr wohl, daß sie in der letzten Zeit in orakelhaften, doppeldeutigen Sinne geschrieben haben. Was sie indessen mit ihrem Begehren herbeischnitten, läßt sich leicht aus Zitaten feststellen. Die folgenden zeitlich geordneten Auszüge aus den Mehrsprachigen Leitartikeln der „Neuen Zeit“ sprechen für sich. Wir heben noch extra hervor, daß Mehring jetzt einer der maßgebendsten Führer innerhalb der Sozialdemokratie, und daß die „Neue Zeit“ das wissenschaftliche Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei ist.

**Sanktionen.**  
(Angriffs-signale.)

29. Nov. 05: ... Um so dringender wird die Pflicht der Arbeiterklasse, die Ehre des deutschen Namens zu retten und mit allem Nachdrucke die Revolution zu vertreten, die auch das Deutsche Reich längst ergreifen hat. ... Mit den russischen Revolutionären, aber gegen die preussischen Junker! ... Der gewitterschwangere Horizont der russischen Revolution — das ist eine Gelegenheit, wie sie kaum jemals schon geboten worden ist, um weite Eroberungszüge in das Land der Gegner zu machen, um die Führe des Kolosses so zu erschüttern, daß er endlich unter seinem eigenen Gewicht zusammenbricht.

6. Dez. 05: Fürst Bülow ... spielt heute noch den Staatsmann mit dem leichten Herzen, aber die bürgerliche Mehrheit des Reichstags, die seine Spähchen mit ungewohnter Kritik aufnahm, sichten schon eine Ahnung davon zu haben, welcher Sturm ihr demnächst um die Ohren brausen wird.

27. Dez. 05: Wie bitteren Spott fordern doch die armseligen Toren heraus, und mögen sie sich auch als geniale Staatsmänner aufspielen, die sich einbilden, die russische Revolution werde an den russischen Grenzen ihre historische Schranke finden, die sich in der blaffen Kienammittelzeit gefalle, sie würde niemals die wohl verarmelten Laxe des Deutschen Reiches einrennen. ... Den deutschen Arbeitern spricht ihre Presse nicht zu wild, sondern viel zu zah.

3. Jan. 06: Die deutsche Arbeiterklasse ... hat niemals eine Politik getrieben, die aus angfälliger Vorsicht sich die Gelegenheiten entzweigen lieh, die sie ergreifen konnte, um ihre Sache zu fördern. Solche Gelegenheiten warten im Kriege nicht, wie schon Pericles den Athenern auseinandergesetzt hat; sie wollen beim Schopfe ergreifen sein, und von ihnen gilt das Dichterwort: Was du von der Minute ausgehst, bringst keine Ewigkeit zurück. ... Es gibt für die deutsche Arbeiterklasse im gegenwärtigen Augenblicke keine andere und keine höhere Politik, als sich zu rüsten, um jeder Lage gewachsen zu sein, die der revolutionäre Lauf der Dinge schaffen mag.

**Chamade.**  
(Rückzugssignale.)

10. Jan. 06: In einer Aktion der Kleinabigen gebhren immer zwei ...

17. Jan. 06: (Die sozialdemokratischen Arbeiter) werden am nächsten Sonntag tun, was sie wollen und nicht, was ihre Gegner wollen, deren Bahnmweg, sei er nun naturwüchsig oder staatsmännlich erwünscht, spurlos abprallen wird an ihrer ehernen Disziplin.

**Verurteilung der Niederlage.**  
24. Jan. 06. Es ergibt sich, daß die reaktionären Schorfmacher aus der Niederlage, die sie am 21. Januar erlitten haben, nichts lernen werden. Nur aufsteigende Klassen lernen aus ihren Niederlagen ...

Das freche Sozialdemokratenstückchen, die eigene Riesenblamage am 21. Januar in eine Niederlage der Schorfmacher umzuwägen, wird niemand in Erfassen sehen, der sozialdemokratischen Wesen kennt. Schreibt doch auch Bernstein im Februarheft der „Sozialistischen Monatshefte“ u. a. gegen den „Bordnarr“: „Aber welches Gefühl soll einen überkommen, wenn in dieser Weise heute befrüchten wird, was gestern mit blutigem Hohn gegen Andersdenkende verfrüht wurde?“ Und weiter meint Bernstein: „Im Ernst gesprochen: Ist bei solcher Abstreitung der Tatsache eine sachliche parteigenössliche Diskussion

nach möglich? Bezeichnend ist es auch, daß Mehrling in der Nummer der „Neuen Zeit“ vom 30. Dezember 1905 die Stirne hat zu behaupten: „Die Reaktionsäre versuchen mit komischer Grobmut, daß sie „einsteilen“ noch nicht an neue Ausnahmegesetze dächten. Wie überaus gnädig und — wie überaus vorsichtig! Sie haben noch lange nicht die Schläge vertunden, die ihnen das Sozialistengesetz eingebracht.“

Ein Seitenstück zu dieser Schwinderei ist der famos „Eieg“ der Sozialdemokratie am 21. Januar.

Nach Siegerstimmung klang es jedenfalls schon nicht mehr, als die „Leipziger Volkszeitung“ im Hinblick auf den 21. Januar schrieb:

„Ist das ein Herausstreichen und Räumen der Nordwertzeuge, mit denen Hunderttausende wehrloser Arbeiter zu drei zusammengeschossen worden wären, wenn sie am 21. Januar durch friedliche Straßenkundgebungen, wie sie in zivilisierten Bäckern herkömmlich und als Mittel der politischen Aktion durchaus unangefochten sind, die Wiederherstellung eines ihnen geraubten Rechtes gefordert hätten. Diese Zeitungsblätter können garnicht aufhören, sich vor lauter Wollust die Lippen zu lecken, in der von ihnen selbst fabrizierten Phantase, daß Arbeiterblut in Straßen durch die Straßen der deutschen Städte hätte fließen können. Man kann in der Geschichte lange suchen, ehe man eine ähnliche schmutzige Berührung der öffentlichen Meinung in den herrschenden Klassen findet. Wohl haben sie oft heftig gegen gewaltsam niedergeworrene Aufstände gewütet — es sei nur an die französische Bourgeoisie nach ihrem Siege über die Pariser Kommune erinnert — aber das elchastwidrige Gaudium haben sie sich sonst nie gemacht, den Popanz des Bürgerkrieges an die Wand zu malen und ihre gesamte Infanterie, Kavallerie und Artillerie auf dies Gaudium bauen und stehen zu lassen. Gewiß, Blut ist dabei kein Tropfen geflossen, aber die Nichtswürdigkeit der Gesinnung tritt deshalb nicht weniger trotz hervor, weil sie sich in den Formen einer schalen und trivialen Poesie kundgibt.“

Hoffen wir, daß die Kiesenblamage des 21. Januar recht vielen irreführenden sozialistischen Arbeitern die Augen über den wahren Charakter ihrer marxistisch gelehrten Führer öffnet.

## Wochenhan.

Berlin, 6. Februar 1906

Im Preussischen Abgeordnetenhaus kam es heute zwischen unserem Redakteur Abg. Goldschmidt und dem Präsidenten v. Kröcher zu einem Zusammenstoß, weil unser Redakteur in seiner scharfen Kritik des preussischen Dreiklassenwahlsystems auch gesagt hatte, „mit diesem Wahlrecht mache sich unser Vaterland vor der ganzen Welt lächerlich“. Darüber murmelte die Konservativen und der Herr Präsident, dem sofort das Stenogramm über diesen Teil der Rede vorgelegt wurde, erteilte unserem Redakteur einen Verdnungsruf. Unter großer Heiterkeit des Hauses und dem Beifall der Linken replizierte unser Redakteur mit der Entgegnung, wenn man nicht sagen dürfe, daß das preussische Wahlrecht zum Lachen sei, dann dürfe man doch gewiß sagen, daß es zum weinen sei.

Etwas ausführlicher werden wir die Rede in der **Parlamentsübericht** unseres „Korrespondenzblattes“ behandeln.

Das Korrespondenzblatt kann immer noch für die Monate Februar und März zum Preise von 1 Mk. (Zweimonatsabonnement) bei jeder Postanstalt bestellt werden. Für den Monat März allein wird ein Probeabonnement für 50 Pfg. eröffnet.

Den bevorstehenden Rücktritt des preussischen Landwirtschaftsministers v. Poddbielski teilt zum so und sovielten Male schmerzhaft die agrarische „Deutsche Tageszeitung“ ihren gewiß mitführenden Lesern mit. Wenn es nur wahr wäre! Die Datschaft haben wir aber schon so oft gehört, daß uns jetzt der nötige Glaube fehlt. Die Gründe zu dem Rücktritt ihres Lieblings erklärt das Bündlerorgan aber beiläufig nicht etwa in der herrschenden Fleischnot, sondern dieselben liegen ganz außerhalb der eigentlichen agrarpolitischen Sphäre. Besonders soll die Stellung des Herrn v. Poddbielski zu den amerikanischen Handelsvertragsfragen den Stein des Anstoßes bilden.

Die Ankündigung vom Rücktritt des Landwirtschaftsministers ist vielleicht nur ein Trick, der schon verschiedentlich angewandt worden ist, um einen genehmen Minister zu halten. Darauf deutet auch die Art hin, wie bereits der in Aussicht genommene Nachfolger charakterisiert wird.

Genannt wird als solcher der derzeitige Oberpräsident von Hannover Dr. Benzel. Die „Deutsche Tageszeitung“ kann jedoch kaum glauben, daß er den Anforderungen eines so schwierigen Ministeriums wie desjenigen für Landwirtschaft gewachsen sein dürfte. Die Fähigkeiten des genannten Herrn liegen jedenfalls auf anderen Gebieten.

Also vom dem Herrn Dr. Benzel wollen die Agrarier jedenfalls nichts wissen; das zeigen diese Auslassungen deutlich, und wie die Verhältnisse in Preußen nun einmal liegen, wird der Nachfolger Poddbielski, falls überhaupt schon in absehbarer Zeit von einem solchen Erwähnt werden kann, ein Mann sein, der seines Vorgängers würdig ist. Ob Poddbielski oder ein anderer: Agrarisch bleibt einstweilen wohl noch Krumpf!

Die Voraussage, daß durch die neuen Handelsverträge zahlreiche deutsche Fabrikunternehmen in das Ausland überfiedeln werden, hat sich früher erfüllt, als man erwartete. Noch sind die Verträge nicht in Kraft, und doch ist die „N. Fr. Presse“ schon jetzt in der Lage, eine stattliche Reihe von Betrieben aufzuzählen, die von deutschen Unternehmern im böhmisch-sächsischen Grenzgebiet gegründet worden sind. Nach dieser Zusammenstellung entstanden beispielsweise in Weipert in Böhmen nicht weniger als sechs neue Fabriken, von denen sich einige mit der Herstellung von Stidereien (Planener Artikel) befassen und hierbei auf den erleichterten Appreturverkehr verfestieren. Weiter entstehen in Böhmen neue Prägeanstalten und im Großlager Gebiete neue Stidereiunternehmen. In Neichwitz bei Ruffig soll eine Treibriemenfabrik durch eine sächsische Aktiengesellschaft geschaffen werden. Ueberdies wird beabsichtigt, im Teplicher oder Aussiger Bezirk eine Quebracho-Apparate-Fabrik ins Leben zu rufen. Ebenso soll eine reichsdeutsche Firma eine Lurvelationenfabrik errichten. Diese Statistik erstreckt sich nur auf ein ganz beschränktes Gebiet. Es ist aber bekannt, daß auch in Holland nahe der deutschen Grenze zahlreiche Fabriken entstanden sind, und würde man eine genaue Aufstellung der gesamten Auswanderung der deutschen Industrie machen, dann würden vielleicht manche der Herren in der Regierung, die diese Sache auf die leichte Schulter nehmen zu können geglaubt haben, doch die Hände über dem Kopfe zusammenschlagen.

Die Schweinefleischungen in Preußen sind auch im 4. Quartal des Jahres 1905 wesentlich an Zahl zurückgegangen. Hatte schon das 3. Vierteljahr gegenüber dem entsprechenden des Jahres 1904 eine Verminderung der der Beschau unterworfenen Schweine aufzuweisen gehabt, so ist im 4. Quartal, wie der Statistischen Korrespondenz“ zu entnehmen ist, die Zahl der Schweinefleischungen um nicht weniger als 524 788 oder fast 20 pCt. gesunken. Im zweiten Halbjahr des Jahres 1904 sind im ganzen in Preußen nahezu 800 000 Schweine weniger geschlachtet worden, als im zweiten Halbjahr 1904. Dazu kommt noch, daß auch die Zahl der geschlachteten Rälber im Vergleich mit dem Vorjahre um 68 630 oder 13,5 pCt. geringer gewesen ist, in diesem einen Vierteljahr als 1904. Gegenüber diesen Zahlen macht es nichts aus, daß die Rindvieh-schlachtungen um 27 338 und die Schaffschlachtungen um 13 671 gestiegen sind. Wohl bezeichnend aber ist es, daß Pferde und Hunde im 4. Quartal des Jahres 1905 in viel größerer Zahl geschlachtet worden sind als je zuvor. Angesichts dieser Tatsachen muß man sich wirklich wundern, daß Leute in der Deffentlichkeit noch immer das Vorhandensein einer Fleischnot zu leugnen wagen.

**Internationale Streikstatistik.** Der Monat Dezember nimmt in der internationalen Streikstatistik eine besondere Stellung ein. Er scheint den Rekord unter den Monaten des vorigen Jahres erreicht zu haben, namentlich wegen der politischen Generalfreizeit in Rußland. Allein in Petersburg streikten ab 23. Dezember 82 000 dem Fabrikinspektor unterstehende Arbeiter. In Moskau legten bereits am 21. Dezember 50 000 Arbeiter ihre Arbeit nieder. Auch in fast allen größeren Städten Rußlands wurde gestreikt. In Deutschland, England und Frankreich zusammen fanden im Dezember 87 Streiks statt gegen 61 im Vorjahre. In England wies der Bergbau die stärkste Streikbewegung auf. Von den 15 im Dezember neu begonnenen englischen Streiks entfielen 6 auf den Bergbau. In Frankreich waren im Dezember 1905 dreimal mehr Streiks als im Dezember 1904. In Paris streikten 2000 Handlungsgehilfen, um 2 unbeliebte Aufseher zu entfernen. In Nordamerika war die Streikbewegung schwächer. In New York streikten die organisierten Diamantarbeiter, um die Einführung eines Akkordtarifs zu erzwingen. Indische Kulis und Neger streikten ab 1. Dezember in den Docks von Georgetown (Südamerika).

**Eigenproduktion eines Konsumveretns.** Der 2000 Mitglieder zählende Konsumverein in Luttlingen in Württemberg hat zur Abwehr einer Milchpreissteigerung, die ihm jährlich 11 000 Mk. Mehrkosten verursacht haben würde, ein größeres Gut zum Preise von 135 000 Mk. erworben, um selber Milch produzieren zu können. In dem lebenden Inventar gehören 38 Stück Rindvieh, 5 Pferde, 4 Schweine u. s. w. Es ist selbstverständlich, daß die Milch von nur 38 Rälben kein so großes Quantum gibt, um damit auf den Milchpreis einen Einfluß ausüben zu können. Wenn das Gut aber im übrigen nicht zu teuer gekauft ist und gut bewirtschaftet wird, so braucht die Genossenschaft seine Erwerbung nicht zu bedauern.

**700 000 Mk. Lohnzulage** brachte ein soeben beendigt erfolgreicher Streik den Arbeitern der badischen Anilin- und Sodafabrik zu Ludwigshafen. Da die Firma 25 pCt. Dividende das letzte Mal verteilte und sehr reich ist, tut ihr die kleine Dividenden-Minderung keinen allgroßen Abbruch. Der ebenso die Direktion wie die Arbeiter ehrende Friedensschluß stellt eine auch der Gesamtheit zugünstigere Gewinnverteilung dar, denn eine gleichmäßige Ge-

winnerteilung verhilft die Ueberbildungen von Reichtum und Armut, diesen Feinden der gesunden Volkswirtschaft.

Anfangs wollte die Direktion der Anilinfabrik überhaupt nicht mit den Arbeitern unterhandeln und eine untertänige Bitte ihrer Beamten um Gewährung einer Teuerungszulage lehnte sie sogar barsch ab. Dem Streik der Arbeiter wohnt aber mehr überzeugende Kraft inne als der untertänigen Bitte. Der Friedensschluß bescherte den Arbeitern folgende Bedingungen:

Der Lohn wird für alle Arbeiter um 10 pCt. aufgebessert. Die bisherigen Prämien- und Gutmachgelder werden zum festen Lohn geschlagen. Ueberstunden werden je nach Gefährlichkeit des Betriebes bis zu 25 pCt. mehr vergütet, Sonntagsarbeit mit 25 bis 50 pCt., die Arbeit an den ersten Tagen von Ostern, Pfingsten und Weibachten mit 100 pCt. Die zweiten Tage dieser drei Feste und die sonstigen Feiertage werden wie Sonntage berechnet. Alle Arbeiter werden ohne Maßregelung eingestellt.

Während des Streiks ereignete sich ein Kuriosum. Als in einer Streikversammlung der Polizeikommissar Hagfeld zur Ueberwachung der Versammlung erschien, wurde ihm von den Tausenden anwesenden Arbeitern eine begeisterte Kundgebung durch lebhaftes Bravorufen und Händeklatschen bereitet. Die Ovation war der Dank der Arbeiter für die äußerst taktvolle und besonnene Art und Weise, mit welcher Polizeikommissar Hagfeld und seine Organe ihrer Aufgabe bei dem Streik gerecht geworden sind.

Eine sozialdemokratische Legende und zwar eine offizielle ist es bekanntlich, daß alle Gewerkschaften radikal sind und daß sich nur ein paar Gewerkschaftsbeamte mit ihrem „oben Gewerkschaftskretinismus“ maufsig machen. Daraufhin schimpften die Radikalistis der „Leipziger Volkszeitung“ und des „Vorwärts“, die von ihrem Sieg über die frühere revisionistische „Vorwärts“-redaktion noch immer ganz berauscht sind, feste los auf diese Gewerkschaftsbeamten, die so ganz die Fühlung mit den Massen verloren hätten. Besonders wurde der „Korrespondent“-Redakteur Herzhäuser mitgenommen.

Jetzt haben die „Vorwärts“- und „Leipziger Volkszeitung“-Redakteure auf ihre erhitzen Köpfe einen kalten Wasserstrahl bekommen, der sie hoffentlich erludern wird. Alle maßgebenden Instanzen des Buchdruckerverbandes haben sich nämlich mit Herzhäuser solidarisch erklärt: zuerst eine Leipziger Buchdruckerversammlung, dann die gesamte Redaktion des „Korrespondent“ und jetzt auch der Verbandsvorstand. Letzterer hebt noch extra hervor, daß die Animosität der „Leipziger Volkszeitung“ gegen die Buchdrucker sattam bekannt sei. Hinfort werden, wie der Verbandsvorstand bekannt gibt, alle Abwehrartikel des „Korrespondent“ von Redaktion und Verbandsvorstand gemeinsam ausgehen.

Auf dem Wege zur Arbeit war ein „Arbeitswilliger“ demütig behandelt worden, daß er dauernd in seiner Arbeitsfähigkeit beschränkt ist. Der Verletzte beantragte bei der Berufsgenossenschaft die Gewährung einer Unfallentschädigung, was aber abgelehnt wurde. Auch das Saebildgericht verhielt sich ablehnend. Das Reichsversicherungsamt hingegen hat den Unfall anerkannt und die Berufsgenossenschaft zur Zahlung einer entsprechenden Rente verurteilt. In den Urteilsgründen heißt es u. a.:

R. ist keineswegs einer Gefahr des täglichen Lebens ausgesetzt; er ist vielmehr einer besonders gearteten Gefahr zum Opfer gefallen, der andere Straßenpassanten nicht ausgesetzt waren, sondern die gerade ihn wegen seiner Betriebsamkeit bedrohte. In Zeiten des Streiks oder der Aussperrung tritt erfahrungsgemäß für die Arbeitswilligen zu den technischen Gefahren des Baubetriebes noch die weitere Gefahr, von den feiernden Arbeitern bedroht und angegriffen zu werden. In solchen Zeiten erstreckt sich daher der Gefahrenbereich des Betriebes über die Betriebswerkstätte hinaus, weil seine Arbeiter alsdann auch außerhalb der letzteren infolge ihrer Betriebsamkeit besonderen, nur ihnen drohenden Gefahren ausgesetzt sind. Der Umstand, daß R. die die Betriebsstätte im Augenblicke des Ueberfalls noch nicht erreicht und seine Arbeit noch nicht aufgenommen hatte, steht daher der Annahme eines Betriebsunfalles nicht entgegen. Dazu kommt, daß während im allgemeinen der Weg zur Betriebsstätte überwiegend im eigenwirtschaftlichen Interesse des Arbeiters unternommen wird — bei den zur Zeit des Unfalles herrschenden Arbeitsverhältnissen der Betriebsunternehmer in mindestens gleich hohem Maße daran interessiert war, daß die wenigen Arbeitswilligen sich zur Arbeit einfanden. Es entfällt daher vorliegendenfalls auch der Grund, der hauptsächlich dafür bestimmend gewesen ist, die den Arbeitern auf dem Wege von und zur Arbeit zustehenden Unfälle von der Versicherungspflicht auszunehmen.

### Gewerkevereins-Zeil.

3. Febr. In der vom Ortsverband einberufenen, gut besuchten öffentlichen Gewerkevereinsversammlung sprach am Sonnabend, 3. Februar, der Verbandssekretär Reuschel-Berlin über das Thema: „Der Kampf um das Dasein“. Einleitend wies der Redner darauf hin, daß die Ausbeutung von Erzeugnissen der Heimindustrie in Berlin ein deutlicher Beweis sei, daß in vielen Häusern der Mann allein nicht imstande ist, seine Familie

mit dem geringen Arbeitsverdienste zu ernähren, und Frau und Kinder, letztere schon im jungen Alter, mithelfen müssen, im Kampfe um das Dasein. Wenn auch im allgemeinen eine Aufwärtsbewegung in der Lebenshaltung des Arbeiters nicht zu bestreiten ist, so bewirkt doch andererseits die Verteuerung der Nahrungsmittel und der Miete, sowie die geplanten neuen Steuern, daß das Los der Arbeiter ein hartes bleibt. Die preußische Steuerstatistik ergibt, daß noch über 22 pCt. der Steuerzahler ein Einkommen unter 900 Mk. habe. Daß mit dieser geringen Summe aber eine Familie nicht gut zu ernähren sei, ist klar. Dabei ist noch zu bedenken, daß wenn die Handelsverträge in Kraft getreten sind, noch eine weitere Verteuerung der Lebensmittel eintritt und außerdem die Arbeitslosigkeit durch den Rückgang der Industrie vermindert wird. Traurig sehe es dann für die Arbeiter aus, welche sich keiner Organisation angeschlossen haben, die ihnen wenigstens über die schlechteste Zeit hinweghelfen kann. Ein weiteres Erschwerendes für den Arbeiter im Kampfe um das Dasein ist der Umstand, daß er schon in jungen Jahren seine Kräfte übermäßig anstrengen müsse und dann im Alter oft nicht mehr in der Lage ist, ein noch so beschreibendes Leben zu fristen. Demgegenüber sei immer wieder zu betonen, wie notwendig der Zusammenschluß der Arbeiter ist, um dem Kapital gegenüber einen Damm zu bilden. Das Streben nach Verkürzung der Arbeitszeit sei schon all, es liege auch im Interesse des Staates und diene zur Erhaltung seiner Wehrkraft. Durch zahlreiche Beispiele aus England und Amerika bewies dann der Redner, daß zur Erringung besserer Arbeitsbedingungen es nicht einer politischen Ziele verfolgenden Arbeiterpartei bedürfe. In diesen Dingen hätten es im Gegenteil die Arbeiter ohne dieselbe weitergebracht. Freilich findet man dort auch nicht wie bei uns ein Schamhaftum, das die Kluft zwischen Arbeiterpartei und anderen Gesellschaftsschichten fortwährend erweitert und jede freie Bewegung unter den Arbeitern zu unterdrücken sucht. Wohl haben wir das Koalitionsrecht, seine Anwendung jedoch wird auf alle Weise erschwert. Die Folge sei, daß die Arbeitgeber zu etwa 80 Prozent organisiert sind, die Arbeiter dagegen nur zu 20 Prozent. Die große Masse der Indifferenten gelte es noch aufzuklären und zu organisieren. Im Anschluß daran zog dann der Vortragende an der Hand von Statistiken Vergleichs über die Lebenshaltung und die Arbeitslöhne der amerikanischen und der deutschen Arbeiter, aus denen hervorzog, daß letztere schlechter gestellt sind. Nur im Verbrauch von Alkohol übertrifft der deutsche Arbeiter den amerikanischen, dieser Umstand sei ebenfalls auf niedere Löhne und übermäßige Arbeitszeit zurückzuführen, wie Oberstleuten und Offizieren bestätigen. Zum Schluß erwähnte dann der Referent, unsere seit 87 Jahren sich bewährende Gewerkevereinsorganisation auch weiter kräftig zu fördern. Denn wenn der Kampf um das Dasein leichter werden sollte, dann gehöre dazu eine starke Nach-, und die schaffe nur die Organisation. An den vorstehenden Vortrag schloß sich eine interessante Diskussion, welche nur von Gewerkevereinskollegen geführt wurde; die in geringer Zahl anwesenden Gewerkevereinsmitglieder beteiligten sich nicht daran. Es wurde in derselben lebhaft Klage geführt über den Zerfall des sogenannten „freien“ Gewerkevereins. Nach einem anfeuernden Schlußwort des Kollegen Reuschel fand dann die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf den Verband der Deutschen Gewerkevereine ihr Ende. Hoffentlich haben wir bald wieder Gelegenheit, den Kollegen Reuschel in unserer Mitte begrüßen zu können. R.

### Tätigkeitsberichte der Ortsverbände für das Jahr 1906

Ortsverband Chemnitz.  
Der Ortsverband Chemnitz erlebte seine Geschichte im verfloffenen Jahre in 12 Ausschüßsitzungen, 5 allgemeinen Mitgliederversammlungen, 2 kombinierten Ausschüßsitzungen, 1 öffentlichen Versammlung und 1 Protestversammlung. Vorträge wurden hier gehalten an zwei: 1. Ueber Bodenreform und Bodenwucher von Herrn Pastor Walden-Chemnitz, 2. Ueber die wirtschaftliche und soziale Bedeutung des Arbeiterstreiks im Ruhrgebiet von Kollegen Fritz Berndt-Dröben, 3. Ueber Ausbreitung von Zeitungsunternehmen von Herrn Dr. Rahn-Dröben, 4. In öffentlicher Versammlung von Kollegen Reber-Augsburg: Ueber die Notwendigkeit der Berufsorganisation.  
Zu den von den minderbemittelten Volksschichten schwer empfundenen Mietzins und Steuererhöhung nahm der Ortsverband in einer öffentlichen Protestversammlung Stellung. In derselben referierte der Kollege Karl Eibel-Spremburg Eine Resolution, in welcher energisch gegen die agrarische Politik der Regierung protestiert und von derselben eine baldige Öffnung der Grenzen verlangt wurde, ist dem Reichstanzler zugeföhrt worden. Ueber sämtliche Vorträge wurde seinerzeit im Verbandsorgan ausführlich berichtet.  
Zu Ehren unseres verstorbenen Anwaltes Dr. Max Hirsch veranstaltete der Ortsverband am Tage der Beisetzung eine Trauerfeierlichkeit, in welcher Verbandskollege Bergmann-Chemnitz die Gedächtnisrede hielt.  
Dem Ortsverbande gehörten an zu Beginn des Jahres 8 Ortsvereine mit 442 Mitgliedern und am Schlusse desselben 8 Ortsvereine mit 517 Mitgliedern. Es ist dies zwar kein großer Erfolg, aber wenn man die hochwühenden verbandlerischen Strömungen in der Hochburg der Sozialdemokratie Chemnitz in Betracht zieht, so ist es dennoch ein Fortschritt. Ausgetreten ist der Ortsverein Klaffenbach. Neugegründet wurde im Berichtsjahre der Ortsverein der Frauen. Auch steht in nächster Zeit mit Unterstützung des Ortsverbandes die Gründung eines Ortsvereins der Deutschen Kaufleute bevor. Ein weiterer Beschluß, des durch eine arbeitsfreundliche Mitwirkung des von Ortsverbandsausschüß angeregt und von den Ortsvereinen eingeföhrt Vertrauensmännerstems, welches für die Gewerkevereinsbewegung in Chemnitz von hervorragender Wichtigkeit ist, verdient noch erwähnt zu werden. Es ist die Errichtung eines Arbeitsnachweises. Die Verwaltung desselben liegt in den Händen des Kollegen Leipziger.  
Um nun auch auf die Rechtsprechung Einfluß zu gewinnen, reichte der Ortsverband auf Grund der Verordnung des Sächsischen Justizministeriums eine Vorschlagsliste zur Schöffen- und Geschworenenwahl an das Amtsgericht ein, die aber für das Jahr 1906 als zu spät eingereicht bezeichnet wurde. Hier bleibt dem neuen Ortsverbandsausschüß vorbehalten, diese Eingabe rechtzeitig zu machen, um auch Angehörige aus dem Arbeiterstande mit zu versehen, an der Rechtsprechung teilzunehmen.

Kollegen! Wenn man die Tätigkeit des Ortsverbandsausschusses im verflochtenen Jahre an seinem Geiste vorüberziehen läßt, so muß man sagen: Manches ist erreicht, aber vieles ist noch zu erreichen! Vor allem ist es notwendig, daß die Kollegen sich etwas mehr um ihre eigenen Interessen kümmern und die Veranstaltungen ihrer Ortsvereine etwas besser besuchen würden, dann könnte noch manches mehr erreicht werden. Drum, Kollegen, frisch an die Arbeit, damit das Jahr 1906 dem gesägten Wort immer mehr Geltung verschafft: „Das 20. Jahrhundert gehört den Gewerksvereinen!“  
Richard Häfeler, Schriftführer.

**Ortsverband Dortmund.**

Das Jahr 1905 war für den Ortsverband Dortmund ein ebenso arbeitsreiches wie ersprießliches. Gleich in den Anfang fiel der gewaltige Bergarbeiterstreik, welcher viel organisatorische Arbeit erforderte.

Zu Anfang des Jahres bestand der Ortsverband aus 14 Ortsvereinen. Neu gegründet wurden die Ortsvereine der Bergarbeiter Dortmund, Dorffeld, Hombroich, Eving, Wambel und Brambauer. Kurz vor Jahres-schluß gelang es uns noch, einen D. V. der Hausdiener zu Dortmund zu gründen. Dem Ortsverband beigetreten sind im Jahre 1905 folgende Ortsvereine: Maschinenbauer-Görde II, Maschinenbauer-Eving, Kaufleute-Dortmund. Demnach zählt der Ortsverband Dortmund am Schluß des Jahres 1905 22 Ortsvereine mit ca. 1200 Mitgliedern.

Unser Ortsverband hat sich im Berichtsjahre zum ersten Male an den Stadtverordnetenwohnen beteiligt und zwar mit gutem Erfolge.

Zum Ableben unseres verehrten Anwalts Dr. Max Hirsch sahen wir uns veranlaßt, eine Deputation bestehend aus 2 Mitgliedern nebst einem prächtigen Kranz zur Beerdigung nach Berlin abzusenden. Bemerkenswert ist noch, daß die Unkosten, welche durch die Stadtverordnetenwahl und durch die Entsendung der Deputation nach Berlin durch freiwillige Beiträge der einzelnen Ortsvereine gedeckt wurden. (Das ist ein erfreulicher Beweis, der dankbare Anerkennung verdient. D. Red.)

Die Lehren des Bergarbeiterstreiks veranlaßten uns, einen Streikfonds zu gründen, indem wir Streikmarken unter den Mitgliedern und auch anderweitig veranlagten.

Ein Beweis für unsere regsame Tätigkeit ist, daß für Porto und Schreibmaterialien 25 Mark vorausgab wurde.

Zur Unterstützung unserer streikenden Bergarbeiter und für die in Mitteldeutschland georgenen Arbeiter wurden 2914,58 Mark gesammelt und vorausgab.

Vorausgab aus der Verbandskasse haben wir ungefähr 500 Mk., welche für Agitation und Arbeitsnachweis verwendet wurden. Unser Kassenbestand ist durch die rege Agitation gleich Null geworden. Eine Unterstützung von Seiten des Zentralrats ist uns leider auch abgelehnt worden, deshalb konnten wir unsere Referenten in der letzten Zeit nicht mehr honorieren.

Die Versammlungen waren meistens nur mäßig besucht. Von einzelnen Ortsvereinen waren die Vertreter fast gar nicht erschienen. Zu bebauern ist es, daß auf unsere Anfrage betreffs Abhaltung einer Ortsverbandsversammlung gar nicht geantwortet wurde. Im nächsten Jahre sollen die hiesigen Ortsvereine und ihre Vertreter ebenfalls genannt werden.

Unter ganz eigenartigen Umständen hat unser Ortsverband zu leiden, indem uns die tüchtigsten Ausschußmitglieder weggeholt werden: der frühere 1. Vorsitzende Hartmann nach Kamen, der 1. Schriftführer Karl Bessler nach Magdeburg, der 2. Schriftführer Einnemann als Chefredakteur nach Hamm und Kollege Lange nach Hannover.

Als Referenten im Jahre 1905 fungierten die Kollegen Sonnemann, Lange, Dyer und der 1. Vorsitzende Bestermann. Dortmund, Kamerad Bester-Oberhausen und Königlich Gewerbe-Inspektor W. Brecht. Dortmund.

In Anbetracht unseres starken Ortsverbandes kann der Ausschuß nur dann gedeihlich arbeiten, wenn sämtliche angeschlossenen Ortsvereine nebst ihren Vertretern auf dem Posten sind und nicht durch Abwesenheit glänzen. Kollegen, merkt auf: Das Wort unseres verehrten Anwalts muß in Erfüllung gehen: Das 20. Jahrhundert muß den Gewerksvereinen gehören!  
Robert Farms, 1. Schriftführer, Dortmund.

**Ortsverband Magdeburg und Umgegend.**

Jahresbericht. Ein arbeitsreiches Jahr liegt wieder hinter uns. 12 engere und 12 ordentliche Vertreterversammlungen, 9 Versammlungen und 2 kombinierte Vorstandssitzungen sämtlicher Ortsvereine wurden abgehalten zur Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten. In der ersten ordentlichen Ortsverbandsversammlung wurde der Tätigkeits- und Kassenbericht des Jahres 1904 entgegengenommen. Zur Gründung einer eigenen Gewerksvereinszeitung wurde eine Redaktionskommission gewählt, welche die erforderlichen Arbeiten zu besorgen hatte. Zu der öffentlichen Versammlung, zum Besten der streikenden Ruhrbergleute, hatten wir den Verbandsgenossen Schiller-Strum als Referenten gewonnen, welcher es verstand, die Forderungen seiner Berufs-kollegen der gut besuchten Versammlung vorzutragen. Der Ueberseh der Versammlung in Höhe von 70 Mk. wurde dem Zentralrat zum Besten der Streikenden überhandt. Im ganzen wurden von den Ortsvereinen des Ortsverbandes annähernd 2000 Mk. für die Bergarbeiter abgehandelt. Zur zweiten öffentlichen Versammlung war Fr. Pauline Christmann als Referentin über: „Die Handelsverträge und die Hausfrau“ gewonnen und in der dritten sprach Kollege Bessler über: „Was lehrt uns der Streik der Bergarbeiter im Ruhrgebiet“. Beide Versammlungen hatten leider nur schwachen Besuch zu verzeichnen. Die Versammlung des zweiten Vierteljahres war mit einer Schillerfeier verbunden. Der Verbandsgenosse Dyer fertete den Dichter durch Schilderung seines Lebens und durch Vortrag mehrerer Dichtungen. Am 24. Juli veranstaltete der Ortsverband eine Trauerfeier für den verstorbenen Anwalt. Generalsekretär Hahn-Burg, hatte es übernommen, das Wirken und Schaffen des Verstorbenen den Magdeburger Verbandskollegen in packender Weise vor Augen zu führen. Zur dritten Quartals-Versammlung war der Rechtsanwalt Herr Behrend gewonnen, welcher einen interessanten Vortrag über Mietsgenossenschaften und Genossenschaftswesen hielt. Verbandskollege Gleichauf sprach in einer öffentlichen

Gewerksvereinsversammlung am 11. Oktober über die Aussperrung der Elektrizitätsarbeiter in Berlin. Der Ueberseh von der Versammlung wurde zum Besten der Streikenden verwendet. Eine am 30. Oktober abgehaltene außerordentliche Ortsverbandsversammlung beschäftigte sich ausschließlich mit der Zeitungsfrage. Diese Versammlung beschloß auch die Uebergabe des Zeitungsprojektes an den Ausbreitungsverband Sachsen-Anhalt, welcher mit dem 1. Oktober den Bortort von Dessau nach Magdeburg verlegt hatte. In der Versammlung des letzten Quartals hielt Kollege Bessler abermals einen lehrreichen Vortrag und zwar über „die Entziehung des Zutritts“. Die beiden kombinierten Sitzungen sämtlicher Ortsvereinsvorstände und der Ortsverbandsvertreter hatten sich ausnahmsweise mit Agitationsmaßnahmen innerhalb des Ortsverbandes zu befassen. Aber auch die Zeitungsfrage war ein Punkt, welcher beide Sitzungen zur Genüge beschäftigte. Die Anstellung eines Sekretärs, welches auch zur Tagesordnung der letzten dieser beiden Sitzungen wurde verlegt, um erst in der Zeitungsfrage einen positiven Erfolg zu erzielen. Die Redaktionskommission, gebildet aus Vertretern sämtlicher Ortsvereine und des Ortsverbandes, hatte in mehreren Sitzungen und durch rege Agitation unter den Verbandsmitgliedern das Projekt durch die Vorarbeiten soweit gefördert, daß der Ausbreitungsverband in die Lage versetzt wurde, mit Anfang des Jahres 1906 wenigstens eine wöchentlich einmal erscheinende Zeitung herauszugeben. An Lohnbewegungen sind solche der Maschinenbau- und Metallarbeiter und Tischler zu verzeichnen. Der Ortsverbandsausschuß hat jedoch hierdurch keine Schwierigkeiten zu überwinden gehabt, da die Angelegenheiten durch den Sekretär der vereinigten Maschinenbauer Magdeburgs, Kollegen Bessler, zur Genüge vertreten wurden. Mehrere auf das wirtschaftliche Gebiet sich beziehende Anregungen und Beschlüsse wurden gefaßt und besprochen, wenn nun auch hierin der Erfolg noch nicht der ist, wie er eigentlich sein müßte, so liegt es teils an den Hindernissen, welche sich in der Weg stellen, teils aber auch an der Laubst vieler Verbandsgenossen. Zu neuen Hoffnungen und freudigen Erwartungen regte auch das im Laufe des Sommers abgehaltene Ortsverbandsfest an. Ein nach Lausden abgehaltener Besuch brachte einen ansehnlichen Ueberseh, welcher in agitatorischer Hinsicht gute Verwendung fand. Die mit einem Kohlengeschäft vereinbarten festen Bezugsbedingungen wurden auch für das Jahr 1905/6 beibehalten, nachdem vom Vorjahre ein Ueberseh von 47,20 Mk. zu verzeichnen war.

Dieses wäre in Kürze das Wichtigste und Hauptwichtigste an der geleisteten Arbeit des Ortsverbandes. Wenn auch die Erwartungen Einzelner und vielleicht auch des Vorstandes im Laufe des Jahres nicht zur Durchführung gebracht werden konnten, so sind wir uns doch bewußt, daß der Ortsverbandsausschuß sein Möglichstes und seine volle Schuldigkeit zur Erreichung der gestellten Ziele getan hat. Ist nun auch nicht alles erreicht worden, so wird es Aufgabe des neuen Ortsverbandsausschusses, sowie sämtlicher Verbandskollegen sein, dahin zu wirken, daß das im alten Jahre nicht zur Erledigung gebrachte im neuen Jahre zur Durchführung kommt. Als heiligste Pflicht haben es aber auch die Magdeburger Verbandsgenossen zu betrachten, für den im Verlaufe des Ausbreitungsverbandes erscheinenden „Mitteldeutschen Kurier“ zu agitieren, damit der Ausbreitungsverband in die Lage versetzt wird, sobald als möglich die Zeitung mehrmals in der Woche erscheinen zu lassen. Der Anfang ist da und hat auch ein befriedigendes Ergebnis gebracht, darum muß vorwärts und nicht stille stehen, damit wir die Zeitung zu einer schneidigen Waffe ausarbeiten können, welche Arbeiterinteressen nach jeder Richtung hin der Wahrheit gemäß vertritt. Alle Verbandsgenossen, welche uns im Laufe des Jahres unterstützen und mitgewirkt haben an dieser Stelle unsern besten Dank.  
J. W. E. Schröder, Schriftführer.

**Verbands-Teil.**

**Um alle Ortsvereine Mitteldeutschlands.**

Werte Kollegen!

Das neue Jahr hat begonnen, höher steigt mit jedem Tage unsere liebe Sonne und ergießt ihre wärmenden Strahlen über uns und bald wird es wieder sprossen und grünen und der Frühling mit voller Kraft Einzug halten. Dann wird alles Befremdende, Finstere, Kalte des Winters verschwinden sein und höher schwillt die Brust, freudig regen sich Gemüter und Hände, um strebsam für das weitere Gedeihen zu sorgen. Vereint mit diesen Gefühlen versucht auch der Mitteldeutsche Ausbreitungsverband, an Sie, meine Kollegen, heranzutreten; bald naht der 2. Delegiertentag und leider noch viele Ortsvereine Mitteldeutschlands stehen uns fern. Wir müssen alles daran setzen, die Mitgliederzahl auf 4000 zu erhöhen, lassen wir alle Vorurteile beiseite und bringen dieses kleine Opfer, in einer Versammlung wird sich je ein Mitglied diesen Debus von 5 Pfg. pro Vierteljahr zu bringen weigern, denn nur dadurch ist es möglich, eine planvolle und stolze Agitation zu betreiben. Die Gewerkschaften erheben längst höhere Beiträge, dazu noch Sozialzuschläge, Delegiertensteuer u. s. w., warum sollten nicht auch wir etwas opferfreudiger sein können.

Auch unser Organ, die „Mitteldeutsche Volkszeitung“ bedarf nach großer Unterstützung seitens der Kollegen. Können wir nicht jederzeit deren Notwendigkeit in Mitteldeutschland, im Wirkungskreise des „deutschen Volksblattes“, welches fast täglich versucht, uns in schmählicher Weise zu verkleinern und herabzusetzen. Haben wir es noch erreicht, eine täglich erscheinende Gewerksvereinszeitung zu besorgen. Jedoch auch hierbei bedarf es der Opferfreudigkeit der Kollegen; je mehr abonnieren, um so besser kann dem Stoff und sonstigen Wünschen Rechnung getragen werden. Also nochmals, Kollegen, zeigen wir, daß wir in Mitteldeutschland einig sind. Der Borte ist nun genug gewechselt, nun laßt uns endlich Laten sehen! Auf zum Kampfe, auf zum Siege!

**Der Vorstand des Mitteldeutschen Ausbreitungsverbandes Deutscher Gewerksvereine (D. D.).**

Galle a. G., 28. Januar 1906.  
W. H. Holmeln, 1. Vorsitzender,      R. H. Bieler,      Schriftführer,  
Albrechtstr. 12.      Kaffierstr.      Kaffierstr. 70.  
Stelweg 18.





dem „Korrespondenzblatt“ Nr. 1, welche die rechtliche und geschäftliche Stellung der Ausbreitungsverbände erörtern, bekannt gegeben. Als Referent zum 19. Januar nach Blauen für den Gewerkschaft der Maschinenbauer wurde Rouege Reichel oder Bergmann Chemnitz beauftragt. Am 27. Januar wird Herr Dr. Rahn in Altenburg und am 28. Januar in Leipzig sprechen. Auch wurde ein Antrag angenommen, daß, wenn dringende Angelegenheiten vorliegen, der engere Ausschuss dies, nach eigenem Ermessen sofort regeln soll. Ferner stellt Herr Dr. Rahn den Antrag, 3 Exemplare unserer Zeitung einbinden zu lassen. Sodann wurde noch über besetzte Bezirksleiter gesprochen. Da die Ortsvereine der Arbeiter die Anstellung eines solchen beabsichtigen, so sollen die Referenten, welche vom Ausbreitungsverbände Auftrag erhalten, angewiesen werden, in den Ortsvereinen in diesem Sinne zu wirken. Schluß der Sitzung 11 Uhr 10 Min.

R. Blüsch, Schriftführer.

**„Ausbreitungsverband der Deutschen Gewerkschaften (G.-D.) Sachsen-Anhalt.“**

Protokoll der Vorstandssitzung, abgehalten am 24. Januar in Magdeburg, Lokal Rubin. Der 1. Vorsitzende Kollege Becker eröffnet die Sitzung um 9 Uhr abends. Anwesend sind sämtliche Vorstandsmitglieder. Der Schriftführer berichtet über statgenübene Korrespondenzen mit den einzelnen Vereinen, teilt ferner mit, daß sich der G.-D. der Schneider-Magdeburg und der G.-D. der Maschinenbau- und Metallarbeiter-Zerbit dem Ausbreitungsverbände angeschlossen haben. Beide Vereine sind vom Schriftführer besucht worden, auch haben sich dort eine große Anzahl Kollegen als Abonnenten zum „Mitte-deutschen Kurier“ eingeschrieben. Der 1. Vorsitzende berichtet von seinem Besuche der Ortsvereine der Maschinenbau- und Metallarbeiter Thale und Neuhof und ferner von dem Besuche des G.-D. der Maschinenbau- und Metallarbeiter am 27. Januar 1906 und tags darauf der dortigen Ortsverbandversammlung beim Wohnen und Propaganda für den „Mitte-deutschen Kurier“ zu machen. Kollege Reichel wird beauftragt, die Garten- und Fabrikarbeiter-Magdeburg am 27. Januar 1906 sowie die Fabrik- und Handarbeiter-Hermersleben am 28. Januar 1906 zu besuchen. Eine längere Debatte entspinnt sich über die Kattation der einzelnen Ausbreitungsverbände sowie die des Zentralrats. Es wird hierauf beschlossen, den Zentralrat zu ersuchen, Material herbeizuschaffen, um in eine wirkungsvolle Kattation für die Gewerkschaft einzutreten, d. h. derselbe soll geeignete Broschüren herausgeben über die gesamten, die Arbeiterbewegung betreffenden Fragen. Ueber die Zeitungsfrage findet noch eine längere Aussprache statt und werden noch verschiedene Neuerungen eingeführt. Die Wiederanstellung des Distriktsrats wird gleichfalls beschlossen. Nach einigen internen Angelegenheiten Schluß der Sitzung 12 1/2 Uhr Nachts.

R. Rudert, Schriftführer.

**Veranstaltungen.**

**Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewerkschaften (G.-D.).** Sitzung jeden Mittwoch, ab. 8 1/2-10 1/2 Uhr im Verhandelsaal der Deutschen Gewerkschaften, NO., Greifswalderstr. 221/228. Gäste stets willkommen.

kommen. Mittwoch, 15. Februar, Vortrag des Kollegen Herzberg über: „Partelle“. **Sängerchor der Deutschen Gewerkschaften (G.-D.).** Jeden Donnerstag, abends 9-11 Uhr, Übungsstunde im Verbandslokal der Deutschen Gewerkschaften (Grüner Saal). Gäste herzlich willkommen. — **Sonnabend, 10. Februar. Maschinenbau- und Metallarbeiter II.** Ab. 8 1/2 Uhr, Kruchstr. 35a. T.-D.: Jahresbericht. — **Antrag Barmbeck. Metallarbeiter IX.** Ab. 8 1/2 Uhr, Stettinerstr. 50. T.-D.: Vortrag des Herrn Lehrer Drewni: „Sozialismus und Arbeiterfrage“. Bericht der Kombinierten. Am 12. Februar Ausschussführung, Schweinminderstr. 85. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter X.** Ab. 8 1/2 Uhr, Stallstr. 82/3. T.-D.: Protokoll, Monatsbericht. Bericht v. d. Kombinierten. Vortrag des Herrn Lehrer B. Regelow über: „Vom Bau und Leben der Blüte und Frucht“. Werkstattangelegenheiten u. a. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter VIII.** Sonntag, 11. Februar, nachm. 2 Uhr, Beschäftigung der Arbeiterwohlfahrts-Ausschüsse in Charlottenburg. Treffpunkt 1/2 2 Uhr, Kraundorferstraße, Ecke Gauerstraße, im Restaurant. — **Graph. Berner und Maler.** Sonntag, 11. Februar, ab. 8 1/2 Uhr, Neue Gräberstraße 28. T.-D.: Monats- und Revisionbericht. Verschiedenes. — **Friedrichsberg. Maschinenbau- und Metallarbeiter.** Sonnabend, 10. Februar, ab. 8 1/2 Uhr, bei Pfennigsdorf, Samariterstr. 7. T.-D.: Monatsbericht. Gewerkschaft-Ausschüsse. Verschiedenes. — **Halle a. S. Graph. Berner und Maler.** Sonnabend, 17. Februar, ab. 8 1/2 Uhr, Monatsversammlung im Passage-Restaurant.

**Orts- und Bezirksvereine.**

**Stettin (Distriktsklub der Deutschen Gewerkschaften für Stettin und Umgegend).** Jeden Donnerstag, abends 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr, Sitzung bei Frauer, Stettin, Vulkanstr. 22. (Gäste stets willkommen). — **Norddeutscher Ausbreitungsverband (Stettin).** Jeden Donnerstag, abends 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr im Lokal des Herrn Ziehl, Stettin, Neustra. 2, Distriktsabends. Gäste stets willkommen. — **Odenburg (Ortsverband).** Sonntag, 11. Februar, nachm. 4 Uhr, im „Grünen Hof“, Donnerschwe. T.-D.: Jahresabschluss. Wahl der Revision. Bericht der Ortsvereine betr. Ortsausläufer. Wahl eines Beamten für die Auskunftsstelle. Verschiedenes. — **Oberhausen und Umgegend (Ortsverband).** Sonntag, 11. Februar, morgens 10 1/2 Uhr, bei Wirt Gensch, Oberhausen, Vertreterversammlung. T.-D.: Vorstandswahl. Geschäftsübernahme u. a. — **Wetter und Umgegend (Ortsverband).** Sonntag, 18. Februar, nachm. 5 Uhr, bei Schulte-Überg, Ehemwegern, Ortsverbandversammlung und Vortrag. — **Hannover und Umgegend (Ortsverband).** Sonntag, 18. Februar, vorm. 9 Uhr Ausschussführung. Sämtliche Vertreter werden ersucht, pünktlich zu erscheinen. — **Dortmund (Ortsverband).** Sonntag, 18. Februar, nachm. 4 Uhr, im Lokale des Wirts Kaspar Ripper, Heiligengartenstraße, Ortsverbandversammlung, Tagesordnung siehe Inserat.

**Veränderungen bezw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis.**

Berlin I (Graph. Berner und Maler). Herrmann Lehmann, Schriftführer, N. 65, Rajarethstr. 45.

**Anzeigen-Zeil.**

☞ Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen. ☜

**Ortsverband Dortmund.**

Den Ortsvereinen und Mitgliedern zur Kenntnis, daß am Sonntag, den 18. Februar, nachm. 4 Uhr im Lokale Ripper, Heiligengartenstr., die

**Ortsverbandsversammlung**

stattfindet. Tagesordnung: Kassen- und Jahresbericht, Vortrag des Kollegen W. Hermann: „Unsere Stellungnahme zu den Beschlüssen der kath. Vereine“, Ortsverbandsfest und Schaffung eines Wahlsondes. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung werden die Vertreter und Mitglieder ersucht, vollständig zu erscheinen, insbesondere wegen der Abstimmung. Desgl. wird an die Abordnung der Streikmarke erinnert. J. H.: Robert Harms.

**Verbandslokal der Deutschen Gewerkschaften**

Berlin N.O., Greifswalderstr. 221/23.

Treffpunkt aller Gewerkschaftskollegen an den Abenden und an jedem Sonntag. Prachtige Kaffee-, große Restauration mit vorzüglicher Küche, vier Regelbahnen. Alles den Anforderungen der Neuzeit entsprechend eingerichtet. Zur Abhaltung von Versammlungen, Sitzungen, Winter-Vergnügungen jeder Art allen Ortsvereinen und Mitgliedern bestens empfehlend, ladet zum Besuch freundlichst ein

Carl Berndt, Deponen.

**Ohrenleiden**

(Sausen, Schmerzen, Schwerhörigkeit u. s. w., auch ganz veraltete Fälle) werden jetzt nach der neuesten, preisgekrönten Methode des Doktors Marage, von welcher vor kurzem der Pariser Akademie der Wissenschaften berichtet wurde, gründlich geheilt. Die Behandlung kann nie Schaden bringen! Broschüre gratis und portofrei von

F. W. Trotski in Leipzig-Co. No. 508.

Beantwortl. Redakteur: Carl Goldschmidt, Berlin N.O., Greifswalderstr. 221/23. — Druck u. Verlag: G. Schöde & Gallinet, Berlin W., Potsdamerstr. 110

**Heimarbeit-Ausstellung.**

In Gemeinschaft mit dem „Verein für Sozialpolitik“ veranstalten die Gewerkschaften, Hirsch-Dunderschen und Christlichen Gewerkschaften in der alten Kunst-Akademie, Unter den Linden 38, von Mitte Januar bis Ende Februar eine

**Ausstellung von Erzeugnissen der Heimarbeit.**

Für alle Gewerkschaften, wie überhaupt für die organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen, ist der Eintritt kostenfrei! Alle übrigen Besucher bezahlen ein Eintrittsgeld von 25 Pfennig. Die Ausstellung ist von 10 morgens bis 9 Uhr abends, auch Sonntags, geöffnet.

Wir fordern unsere Verbändegerossinnen und -Genossen von Berlin und Umgegend auf, die Ausstellung zu besuchen und gründlich zu studieren. Für den Eintritt legitimiert das Mitgliedebuch.

Das Bureau des Zentralrats.

**Patentbureau**

Paul Hayes, Ingenieur  
Halle a. S.

Patentanmeldung einschl. . . . .

. . . . . Prüfungsgebühr M. 65.

Gebräuchsmusteranmeldung

einschl. 8 jähriger Gebühr M. 80

Verwertung guter Schutzrechte

wird mit Erfolg durchgeführt.

Gegen I. B. (Ortsverband). Durchreisende Mitglieder des Gewerkschaften erhalten freies Abendbrot, Nachtlois und Frühstück. Karten beim Genossen Hermann Lamberg, Posthoffstr. 18. (Arbeitsnachweis beifügen.)

**Halleberg (Ortsverband).** Durchreisende Verbandskollegen erhalten Reiseunterstützung im Betrage von 50 Pf. beim Kollegen Ostf. Genat, Friedrichstr. 28, Lindenhof.